

# Unterstützung der Stabilisierung und des Friedens in Mali

Ein inklusiver Friedensprozess und spürbare Friedensdividenden stärken das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Staat und tragen zur Stabilisierung des Landes bei.

## Herausforderungen

Seit der politischen Krise und dem Putsch im Jahr 2012 kommt Mali nicht zur Ruhe: Die anhaltende Unsicherheit und zwei weitere Militärputsche seit 2020 zeugen von tiefgreifender Instabilität. Das 2015 unterzeichnete Friedensabkommen, mit dem die Grundlagen für Versöhnung, Stabilität und Frieden gelegt werden sollten, ist unter Druck und wird nur schleppend umgesetzt. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit können in großen Teilen des Landes kaum gewährleistet werden, immer wieder kommt es zu Angriffen auf die Zivilbevölkerung. Mangelnde Einkommensquellen und fehlende soziale Basisversorgung blockieren die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes. Dies hat weitgehend zu einer tiefen Vertrauenskrise zwischen der Bevölkerung und der politischen Elite geführt. Ökonomische, politische und soziale Ungleichheiten begünstigen Rekrutierungsbemühungen bewaffneter Gruppen und erschweren die Teilhabe von Frauen am Friedensprozess. Der Raum für den zivilgesellschaftlichen Diskurs wird immer weiter begrenzt und ist von Falschinformationen geprägt. Die für 2024 geplanten Wahlen werden für die Rückkehr von einer militärischen Übergangs- zu einer zivilen Regierung ausschlaggebend sein.

## Lösungsansatz

Das Auswärtige Amt engagiert sich seit 2013 im Stabilisierungs- und Friedensprozess Malis. Das Projekt „Unterstützung der Stabilisierung und des Friedens in Mali“ (PASP) begleitet das Ministerium für nationale Versöhnung und seine dezentralen Strukturen in der Bekanntmachung des Friedensvertrags und der nachhaltigen Konfliktbearbeitung. Die malische Wahrheitskommission wurde bis zum Ende ihres Mandats im Dezember 2022 bei der Förderung einer innergesellschaftlichen Versöhnung unterstützt. Durch die Umsetzung von Mikroprojekten werden greifbare Friedensdividenden für die Bevölkerung geschaffen. Die Teilhabe zivilstaatlicher Akteure an Stabilisierungsmaßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene schafft Vertrauen zwischen Bevölkerung und Staat und eröffnet Räume für politische Prozesse. Ein gezielter Fokus auf Frauen ermöglicht ihre Teilhabe am Friedensprozess und fördert ihren Zugang zu Ressourcen und Repräsentanz.

**Institutionelle Beratung:** In enger Abstimmung mit der deutschen Botschaft in Bamako unterstützt das Projekt die zivil-staatlichen Akteure Malis in der Verbreitung des Friedensvertrags und der nachhaltigen Konfliktbearbeitung, um ihre Leistungsfähigkeit

gegenüber der Bevölkerung zu erhöhen und das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Staat zu stärken. Frauen und marginalisierte Gruppen (junge Menschen) werden gezielt adressiert, um ihre Repräsentanz, Ressourcen und Rechte zu stärken. Um patriarchalen Strukturen entgegenwirken zu können, werden sowohl Jungen und Männer als auch die Zivilbevölkerung explizit in gendertransformative Aktivitäten wie Dialog- und Sensibilisierungsformate, die unter anderem die Bedeutsamkeit der Teilhabe von Frauen am Friedensprozess hervorheben oder sich mit positiven Männlichkeitsbildern auseinandersetzen, einbezogen.

**Stabilisierung durch Mikroprojekte:** In den Nordregionen Malis fördert das Projekt die Umsetzung von Mikroprojekten. Bei partizipativen Bürgerdialogen, die einen Fokus auf die Beteiligung von Frauen, jungen Menschen und Binnenvertriebenen legen, sprechen die Gemeinden über ihre lokale Konfliktsituation und Bedürfnisse und identifizieren stabilisierende Maßnahmen. Der Bau von Infrastruktur (bspw. Wasserversorgung und Jugendzentren) in Verbindung mit einkommensschaffenden Aktivitäten (bspw. Abfallmanagement und Taxi-Unternehmen) trägt zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen und des sozialen Zusammenhalts bei. Darüber hinaus werden über Mikroprojekte Maßnahmen gegen Falschinformationen für insbesondere junge Menschen gefördert, um ihre Kenntnisse in der Erkennung und dem Entgegenwirken von destabilisierenden *Fake News* zu erhöhen und somit zu einem friedlicheren Zusammenleben beizutragen.



<b>Projektname</b>	Unterstützung der Stabilisierung und des Friedens in Mali
<b>Auftraggeber</b>	Auswärtiges Amt
<b>Durchführungsorganisation</b>	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
<b>Projektgebiet</b>	Mali
<b>Politischer Träger</b>	Ministerium für Nationale Versöhnung
<b>Gesamtlaufzeit</b>	11/2016 – 05/2024
<b>Finanzvolumen</b>	36.442.500 EUR

Fotos v. links n. rechts:

Einwohner\*innen aus Gaboro während der Einweihung der kommunalen Wasserversorgungsanlage, 2018©PASP/GIZ

4. Öffentliche Anhörung der CVJR zum Thema „Verletzung des Rechts auf Freiheit“, „Verletzung des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ und „Zwangsverschleppung“, 2021©PASP/GIZ



Philip Kusch  
 Projektleiter  
[philip.kusch@giz.de](mailto:philip.kusch@giz.de)

*Foto v. links n. rechts:  
 Ausbildung von Frauen aus ERAR, MARN und Zivilgesellschaft in Bamako, 2021©PASP/GIZ*

*Übergabe eines motorisierten Dreirads an die FORC-G in Gao für den Nahverkehr, 2021©PASP/GIZ*



## Die Wirkungen in Zahlen...

- **160 Mitarbeiter\*innen** des Ministeriums für Nationale Versöhnung, einschließlich seiner angegliederten Dienste und der Zivilgesellschaft, wurden in alternativen Methoden der Konfliktbewältigung geschult, darunter 79 Frauen.
- **11 regionale und 39 kommunale Versöhnungsteams** erhielten Schulungen zu Themen wie „Mediation, Prävention und Konfliktbewältigungstechniken“ und „gewaltfreie Kommunikation und Führung“, insgesamt 535 Personen nahmen daran teil
- In den Regionen Gao, Timbuktu, Menaka, Kidal, Taoudéni und Mopti wurden **115 Kleinprojekte** durchgeführt. Die Lebensbedingungen von rund **702.153 Menschen** konnten verbessert und rund **903 Arbeitsplätze** geschaffen werden.
- **139 Dialogmaßnahmen** zur Krisenprävention wurden in ganz Mali durchgeführt, rund **14.583 Menschen** beteiligten sich aktiv (davon 21% Frauen).
- **50 Mitglieder** der Wahrheitskommission wurden in Interviewtechniken und psycho-sozialer Unterstützung für traumatisierte Menschen geschult.
- Mehr als **31.000** Zeugenaussagen von Opfern von Menschenrechtsverletzungen wurden in den sechs Regionalbüros der Wahrheitskommissionen dokumentiert. Letztere wurden mit Unterstützung des Projekts aufgebaut.
- Die malische Wahrheitskommission hat in einem partizipativen Prozess **eine Reparationspolitik** sowie **eine Erinnerungsstrategie** entwickelt. Die Reparationspolitik wurde vom Kabinett der malischen Regierung verabschiedet.
- **Fünf öffentliche Anhörungen** wurden von der Wahrheitskommission bisher organisiert, bei denen 51 Frauen und Männer öffentlich über Menschenrechtsverletzungen ausagten.

## ... und in Geschichten

**Stärkung der Resilienz gefährdeter Gruppen durch die Unterstützung einkommensschaffender Maßnahmen und Ermöglichung sozio-ökonomischer Stabilität**

Eine der am stärksten von Unsicherheit und terroristischen Bedrohungen betroffenen Städte ist Gao im Norden Malis. Viele junge Menschen sind hier auf sich selbst gestellt, Arbeitsplätze gibt es nur wenige. Bewaffnete Gruppierungen sind in der Region präsent und bieten den Jugendlichen Einkommensmöglichkeiten. Dadurch sind letztere besonders anfällig für die Rekrutierungsbemühungen dieser Gruppierungen.

Mit Unterstützung des Projekts konnte vielen jungen Menschen eine ökonomische Alternative geboten werden. Zur Verbesserung des stadtnahen Transports erhielt die Jugendorganisation FORC-G zehn Moto-Dreiräder, die sie als Taxis einsetzen und somit ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften können. Dies erhöht ihre Widerstandsfähigkeit und ermöglicht ihnen gleichzeitig eine sozio-ökonomische Stabilität.

Ein Mitglied der FORC-G erklärt: „Das Dreiradprojekt ist das Beste, was mir passieren konnte. Ich hatte bisher keine feste Anstellung, muss jedoch auch für meine Familie sorgen. 2013, als der Staat nach Gao zurückkehrte, wurden uns allen im Rahmen des DDR<sup>1</sup>-Prozesses Arbeitsplätze versprochen, entweder in der Armee oder durch unabhängige, einkommensschaffende Aktivitäten. Seitdem ist jedoch nichts passiert. Es gab Momente, in denen ich darüber nachgedacht habe, mich den bewaffneten dschihadistischen Gruppen anzuschließen, um meine Familie und mich versorgen zu können. Bei ihnen bekommt man für wenig Arbeit ein festes Gehalt von 100.000-200.000 CFA<sup>2</sup> pro Monat. Aber dank der Unterstützung der deutschen Zusammenarbeit durch das PASP für unsere Jugendorganisation habe ich diesen Gedanken aufgegeben. Ich gehöre zu den Fahrern und bin nun dank der täglichen Einnahmen von niemandem mehr abhängig. Wir danken dem Projekt, dass es uns die Möglichkeit gegeben hat, in einer würdigen und verantwortungsvollen Weise zu arbeiten.“

<sup>1</sup> Disarmament, Demobilisation and Reintegration

<sup>2</sup> Etwa 150-300 Euro

Veröffentlicht von: Deutsche Gesellschaft für  
 Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
 Sitz der Gesellschaft: Dag-Hammarskjöld Weg 1-5  
 65760 Eschborn  
 Deutschland  
 Telefon: +49 (0)6196 79-1175  
 Fax: +49 (0)6196 79-1115

Autoren: Lea Seefeld, Philip Kusch, Sebastian Rinelli

Layout: GIZ

Stand: Juli 2023

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Präsentation verantwortlich.

In Kooperation  
 mit:

Im Auftrag von:

Ministerium für Versöhnung, Frieden und nationalen Zusammenhalt

Auswärtiges Amt (AA)

Postanschrift des

AA Dienstsitze:

AA Berlin

Werderscher Markt 1

D-10117 Berlin

T: +49 (0) 30 18170

AA Bonn

Adenauerallee 99-103

D-53113 Bonn

T +49 (0) 22899 17-0